



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

spc/III/96

11. August 1948

## Bei geschlossenen Fenstern

### Bemerkungen zu den Moskauer Gesprächen

F.R. W. Hunger herrscht, wird von Essen gesprochen und wo der Frieder in Gefahr ist, richten sich Gedanken und Worte selbsttätig auf den drohenden Krieg. Man kann, entgegen einem vielfach gegebenen, gut gemeinten Rat, ruhig darüber sprechen - auch über die Kriegsgefahr, nur hat es keinen Sinn, Panik zu verbreiten. Dazu besteht kein Anlaß, auch wenn die Berichte aus und über Moskau ernst sind.

Als ein Kernstück der gegenwärtigen Situation schält sich, soweit die neu praktizierte Geheimdiplomatie dies erkennen läßt, immer deutlicher der Widerspruch heraus, daß die Russen ihre Haltung mit der Gefahr des westlichen Imperialismus und seiner Angriffsdrohung begründen, ihr Spiel der bis an die Grenze des Erträglichen gehenden Herausforderungen aber nur treiben, weil sie gerade an diese Gefahr nicht glauben. Könnte man sie von der Realität dieser Gefahr überzeugen, würde sich das Bild vermutlich sehr schnell ändern. Vermutlich, errechnen läßt sich so etwas natürlich nicht. Wahrscheinlich ist ein gut Teil der Moskauer Gespräche, die diesmal ohne die auf Nachkriegskonferenzen übliche propagandistische Begleitmusik sozusagen bei geschlossenen Fenstern stattfinden, von dem Bemühen der westlichen Diplomaten ausgefüllt, diesen Nachweis von der absoluten Ernsthaftigkeit ihrer Bereitschaft zum Frieden und - wenn es nicht anders gehen sollte - zum Krieg zu führen.

Man sollte sich von Kombinationen über die militärischen Aussichten eines solchen Krieges freihalten und das Gewicht auf Tatsachen legen. Ein beherrschendes Faktum aber ist die sowjetische Methode, dem effektiven politischen und möglichen militärischen Gegner keine Ruhe zu lassen und jede Tendenz zur Konsolidierung zu bekämpfen. Solche Feststellung ist sozusagen zu einem politischen Gemeinplatz geworden. Der offene Kampf Moskaus gegen den Marshall-Plan war nur der letzte handgreiflichste Beweis dafür. Diese Tatsache weist gleichzeitig auf das eigentliche Ziel der Russen hin: sie benutzen die Ebene der mehr oder weniger direkten militärischen Drohung und des zähen diplomatischen Stellungskampfes zu beweglichen Operationen, mit denen das eigentliche Ziel, Europa kommunistisch zu durchdringen, unterstützt wird. Dieser sowjetischen Politik nützen am meisten solche Gegner, die sich von den Täuschungsmanövern der Sowjetunion bluffen lassen und die diplomatischen Erklärungen Moskaus für bare Münze nehmen. Es ist müßig, militärische Berechnungen dort anzu-

stellen, wo ein guter wirksamer Plan notwendig ist, kommunistischer Propaganda entgegenzutreten. Deshalb - hier rundet sich der Kreis - erscheint dem Krenl als der größte Feind heute der Marshall-Plan mit allem, was dazu gehört, weil er die zweckmäßigste Antwort auf die sowjetische Infiltrierung Europas ist.

Rußlands Schwäche ist seine wirtschaftliche Schwäche. Die russischen Satellitenstaaten brauchen keine sogenannte sozialistische Hilfe, die in Wirklichkeit keine Hilfe ist. Sie wissen sehr wohl, daß sie eine wirksame Hilfestellung bei ihrem Wiederaufbau nur vom Westen bekommen könnten und nichts fiel diesen Staaten so schwer, wie die befohlene Ablehnung der Marshallhilfe. Daß hier ein Schwachepunkt erster Ordnung für die Sowjetunion vorliegt, zeigen die Vorgänge in Jugoslawien. So hat man sicher recht mit der Annahme, daß Forderungen wie eine Unterbrechung der westdeutschen Restauration nach bisherigem Muster und eine Beteiligung an jeder Regelung der Ruhrfrage wesentliche Forderungen Rußlands sein werden. Sollten sich die Westmächte darauf einlassen, würde das für sie eine eklatante Niederlage sein, für die die Aufhebung der Berliner Blockade eine vollständig unzureichende Gegenleistung wäre. Es besteht freilich kein Grund für die Annahme, daß das im Westen nicht gesehen wird.

#### Die Herren vom Chiemsee

sp. Es ist in den letzten Tagen üblich geworden, besonders übrigens beim Nordwestdeutschen Rundfunk, über die Besprechungen des sogenannten Verfassungsausschusses der Länder, der in Schloß Harrenchiemsee tagt, laufend in großem Stile zu berichten. Manche Zeitungen schlossen sich diesem Verfahren an. Es erscheint deshalb angebracht, die Dinge auf das rechte Maß zurückzuführen, um von vornherein der Entstehung falscher Vorstellungen über Auftrag und Bedeutung dieses Gremiums in der Öffentlichkeit vorzubeugen.

Der Chiemsee-Ausschuß ist entstanden aufgrund einer privaten Vereinbarung der Ministerpräsidenten der deutschen Länder, die ihre Verfassungsspezialisten zu vertraulichen Beratungen zusammen kommen ließen. Sie sollen einen Entwurf für das kommende Grundgesetz ausarbeiten, wie es nach der Meinung der Ministerpräsidenten unter dem besonderen Aspekt der Länderinteressen aussehen sollte. Insofern handelt es sich bei diesem Ausschuß um die Vertretung einer bestimmten politischen Interessentengruppe, wie sie auch sonst bestehen in den Parteien, in Arbeitsgemeinschaften und dergleichen. Die Ausarbeitung eines offiziellen Entwurfs für das kommende Grundgesetz ist und bleibt allein dem Parlamentarischen Rat vorbehalten, der durch die Vorschläge des Chiemsee-Ausschusses in keiner Weise präjudiziert wird.

(m/1/118/1/hs)

11. August 1948

Hollands sozialistischer Ministerpräsident

sp. Eigentlich sollte er Bankbeamter werden. Den jungen Sozialisten reizte das Spiel mit Effekten und Devisen jedoch nur wenig. Willem Drees, den neuen Ministerpräsidenten Hollands, lockte das weite Feld der Politik. So sattelte er schon kurz nach der Beendigung seiner Lehrzeit um. Er wurde Parlamentsstenograph. Von 1907 bis 1919 schrieb er in Den Haager Generalstaaten, Hollands "Unterhaus", pflichtgetreu die mehr oder minder klugen Reden mit, die von den Abgeordneten aller Parteien über alle möglichen und unmöglichen Fragen gehalten wurden und diese ebenso aufreibende wie interessante Funktion vermittelte Willem Drees genaueste Kenntnis der parlamentarischen Sitten und Gebräuche eines politisch ungemein regen Landes.

Willem Drees, der sich von Jugend auf vor allem für soziale Fragen interessierte, gab sich jedoch mit der Rolle des Zuhörers und Chronisten nicht zufrieden. Er griff frühzeitig auch selbst aktiv ins politische Leben ein. Mit 25 Jahren stand er bereits an der Spitze des Ortsvereins den Haag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, der er sich noch als Minderjähriger angeschlossen hatte, 1913 wählte man ihn in den Haager Gemeinderat, 1927 wurde er in den Exekutivausschuss der Partei berufen und sechs Jahre später kehrte Willem Drees in die Haager Generalstaaten zurück - diesmal als Abgeordneter. Als Holland von den deutschen Truppen besetzt wurde, verschwand Willem Drees, ein kühl abwägender Kopf und geschickter Organisator, von der Bildfläche und übernahm die Leitung der holländischen Widerstandsbewegung, deren Wirken sich schon bald höchst fühlbar bemerkbar machte. Die Befreiung seiner Heimat sah ihn als Fraktionsvorsitzenden wieder ins Parlament zurückkehren und als der Sozialist Schermerhorn im Juni 1945 sein erstes Kabinett bildete, nahm er auch seinen alten Freund Willem Drees als Minister für soziale Angelegenheiten mit in die Regierung. Im Juli 1946 wurde Schermerhorn von dem Katholiken Beel abgelöst, Willem Drees aber blieb als Sozialminister. Es gab niemanden, der ihn an Fachkenntnis übertraf, es gab auch keinen, der so auszugleichen und zu vermitteln verstand wie der ehemalige Parlamentsstenograph.

Diesem seltenen Geschick, zwischen streitenden Parteien zu schlichten und divergierende Ansichten einander näher zu bringen, verdankte Willem Drees jetzt auch seine Berufung zum Ministerpräsidenten in dem von van Schaik gebildeten Vierparteien-Kabinett, in dem die Katholische Volkspartei mit sechs, die Sozialdemokratische Partei der Arbeit mit fünf, die Volkspartei für Freiheit und Demokratie und die Christlich-Historische Union mit je einem Minister vertreten sind, während ein Fachminister als Beurteiler figuriert. Da die Volkspartei für Freiheit und Demokratie sowie die Christlich-Historische Union offiziell zur Opposition zählen, wird es Willem Drees nicht leicht fallen, innerhalb der Regierung stets eine einheitliche Linie herzustellen und die Meinungsverschiedenheiten zu überbrücken. Aber Willem Drees ist ein alterfahrener Verhandlungspolitiker, ihm sollte auch die Lösung dieser Aufgabe gelingen. (II/B23/118/1/2a)

Lohn- und Preisfragen auf dem TUC-Kongress

sp. Wie der Parteitag der Labour Party, so begegnet alljährlich auch der Kongress der englischen Gewerkschaften in ganz England besonderem Interesse. Wenn man dem diesjährigen, dem 84. des englischen Gewerkschaftsbundes (kurz TUC genannt), der am 6. September in Margate eröffnet wird, mit ungewöhnlicher Spannung entgegenblickt, so hat das seine guten Gründe. Die eingebrachten 87 Resolutionen der verschiedenen Gewerkschaften, die mit ihren rund acht Millionen Mitgliedern, von denen über die Hälfte korporativ der Labour Party angehören, einen bedeutsamen Faktor im politischen Leben Englands bilden, lassen scharfe Auseinandersetzungen zwischen den Gewerkschaftsmitgliedern und ihren Führern erwarten, die sich in erster Linie um die Lohn- und Preisfrage drehen werden.

Allein zehn Gewerkschaften, die 1.250.000 Arbeiter umfassen, und unter denen sich u.a. auch die einflussreiche Amalgamated Engineering-Union, die nationale Gewerkschaft der Bankangestellten und die Electrical Trade Union befinden, haben Resolutionen abgefasst, die sich mit diesem Thema beschäftigen. In ihnen wird auf die ständig wachsende Diskrepanz zwischen Löhnen und Preisen hingewiesen, durch die der Lebensstandard der breiten Massen herabgedrückt wird. Die Gewerkschaftsführer haben sich seinerzeit zur Unterstützung der Lohnstop-Politik der Labour-Regierung unter der Bedingung bereit erklärt, dass auch die Stabilität der Preise verbürgt wird und damit praktisch während der beiden letzten Jahre auf eine Verbesserung des Lebensstandards der schaffenden Bevölkerung zugunsten der von der Regierung geforderten Produktionssteigerung verzichtet. Da die Preise mittlerweile aber stetig in die Höhe geklettert sind, hat sich in den Reihen der Gewerkschaftsmitglieder eine erhebliche Unzufriedenheit breit gemacht, die in der Forderung nach Ausdehnung der Preiskontrolle und energischen Massnahmen zur Kürzung der hohen Unternehmer-Gewinne zum Ausdruck kommt.

Einen breiten Raum bei den Verhandlungen in Margate dürfte auch das Verlangen auf grössere Mitteiligung der Arbeiter und Angestellten an der Verwaltung der verstaatlichten Industrien bilden, das sowohl von den Eisenbahnern, wie von den Post-, Berg- und Landarbeitern und den Bankangestellten gestellt wird, die in Zukunft durch einen besonderen Delegierten im Direktorium der Bank von England vertreten sein wollen. Bemerkenswert ist ferner noch der Vorschlag der Bergarbeiter, in Zukunft für die Verwaltung der Kohlengruben in erster Linie Fachleute und nicht wie bisher Gewerkschaftsbeamte heranzuziehen. Wer im Gewerkschaftsleben gross geworden ist, soll weiter dort bleiben. Wer aber an verantwortlicher Stelle im Verwaltungsapparat der Bergwerke eingesetzt werden soll, soll zuvor nicht nur seine Eignung, sondern auch sein technisches Verständnis nachweisen. (m/B23/118/1/he)

Notwendige Antwort

sp. Die Bestrebungen, die Politik der SPD in dem Zwielflicht erscheinen zu lassen, das für die eigene Situation kennzeichnend ist, hören bei der CDU nicht auf. Wie sehr Unbestimmbarkeit und Verschwommenheit wesentliche Elemente der CDU-Politik sind, trat zuletzt besonders deutlich bei der Abstimmung über das Sozialisierungsgesetz für den rheinisch-westfälischen Bergbau in Erscheinung, wo die stärkste Partei des Düsseldorfer Landtages es nicht fertig brachte, in einer auch nach ihrer Auffassung entscheidend wichtigen Frage Farbe zu bekennen. Aber das hat nach allem, was in den vergangenen drei Jahren die Geschichte dieser Partei lehrte, niemanden überrascht.

Weil man aber in der CDU wohl spürt, daß die Tatsache der Uneinigkeit doch eher ein Nachteil als ein Vorteil ist - trotz vielen gegenteiligen Beteuerungen - läßt das Bestreben nicht nach, der SPD das gleiche Handicap zu wünschen. Solange Schumacher aktiv die Politik der Partei leitete, wurden Führung und Partei der willfährigen Unterordnung unter das "Diktat" Schumachers beschuldigt. In der Zeit <sup>dar</sup>nach wurde mit hämischer Freude von angeblichen "Diadochenkämpfen um die Nachfolge Schumachers" berichtet; wie das kürzlich vor einem Pressedienst der CDU in dieser dramatischen Formulierung geschah.

Dazu zunächst die Feststellung, daß Dr. Schumacher seit einigen Tagen aus dem Krankenhaus entlassen ist und sich im Zustand weitgehender Besserung in seiner Wohnung aufhält. Das wird interessieren - "man mag zu ihm stehen, wie man will", um auch diese Wendung zu zitieren. Unter den Diadochen wird es ein erhebliches Aufsehen geben.

Besonders eifrig hat man sich mit der Person Carlo Schmid befaßt und ihm Ambitionen und Ansichten zugeschrieben, die er nicht hat. Seine Meinung weicht in manchen Punkten des westdeutschen Problems von der offiziellen Ansicht des Parteivorstandes ab. Aber alle die hoffnungsvollen Schlussfolgerungen, die von Seiten der CDU daran geknüpft werden, sind falsch. Der Hintergrund solcher Darstellungen ist klar: Es soll der Eindruck von ernsten Meinungsverschiedenheiten innerhalb der SPD hervorgerufen werden, um damit den wichtigen Vorsprung auszugleichen, den diese Partei in dieser Hinsicht gegenüber der eigenen, der CDU/CSU, hat.

Die Bemühungen dieser Art werden durch andere ähnliche ergänzt, vor allem durch die fortgesetzten Versuche, auch in die SPD ein Generationenproblem hineinzuzinterpretieren, wie es bei der bürgerlichen Parteien, besonders ausgeprägt durch die Junge Union bei der CDU, besteht. Man nennt immer wieder die gleichen Namen, unbekümmert um alle Dementis, weil man es nun einmal so haben will. Dieses Problem wird aber in der hier angedeuteten Form schon deshalb bei der SPD keine Rolle spielen, weil die Jugend in einem Umfang an der Führung der Geschäfte und der politischen Meinungsbildung innerhalb der Partei sehr viel stärker beteiligt ist als irgendwo sonst. (m/1/118/hs)

Heimkehrererholungsheim "Fischerhof"

sp. Uelzen, 11.8.1948

Nur wenige Kilometer von kleinen niedersächsischen Städtchen Uelzen entfernt entstand in mühevoller Arbeit sozusagen aus dem Nichts heraus eine vorbildliche Erholungsstätte für Rußlandheimkehrer. "Aus dem Nichts" heraus. Denn als zu Beginn dieses Jahres einige wenige Männer, die von der Arbeiterwahlfahrt der Provinz Niedersachsen damit beauftragt wurden, dieses Heim zu schaffen, hierher kamen, fanden sie wohl das Gebäude noch einigermaßen erhalten vor, in seinem Innern aber gähnte trostlose Leere.

Doch schon am 1. Mai hieß es: "Es ist alles bereit, schickt uns nun Rußlandheimkehrer, die eine körperliche und seelische Erholung besonders nötig haben". Als dann die ersten von ihnen eintrafen, glaubten sie sich nach den langen schweren Jahren hinter Stacheldraht in eine Art Märchenland versetzt. Seitdem stehen anheimelnd eingerichtete Zimmer bereit, nicht mehr als drei Mann liegen jeweils zusammen, ein schöner großer Speisesaal, gekachelte Baderäume, Les- und Spielzimmer, blitzsaubere Küchen bieten ihnen einen freundlichen Willkommensgruß. In besonders dringenden Fällen wurden neue Anzüge und Unterwäsche ausgegeben.

Während ihres Aufenthaltes im "Fischerhof", der auf sechs Wochen bemessen ist, versucht man, sie langsam wieder in ein geordnetes Leben zurückzuführen. Das jahrelange unfreiwillige, auf engem Raum zusammengedrückte Beisammensein in den Lagern hatte in den meisten von ihnen jedes Persönlichkeitsgefühl erstickt. Sie fühlten sich nur noch als Masse, ohne jede eigene Initiative, ohne eigenen Willen. Hier gilt es nun, in ihnen wieder Verantwortung für das eigene Ich zu wecken, sie vom Massenmenschen in eine selbständig handelnde Persönlichkeit zu wandeln. Wenn auch eine gewisse Hausordnung notwendig ist, so vermeidet man doch alles, was den Eindruck eines Kasernenlebens hervorrufen könnte. Eine Bibliothek ist vorhanden, Zeitungen und Zeitschriften treffen regelmäßig ein. Schach, Kartenspiele und Tischtennis werden eifrig benutzt. Kulturvereinigungen der Stadt Uelzen stellen den Heimkehrern Karten für Veranstaltungen jeder Art zur Verfügung. Mädchen- und Jungenklassen der hiesigen Schulen wettkämpfen miteinander, um die Männer mit Liedern und kleinen Geschenken zu erfreuen.

Tägliche ärztliche Untersuchungen ermöglichen eine genaue Kontrolle des Gesundheitszustandes. Bei fast allen haben die langen Jahre der Kriegsgefangenschaft irgendwelche organischen Störungen hinterlassen, die nun, wenn möglich, ausgeheilt werden sollen. Ruhe und nochmals Ruhe ist eine der Hauptvoraussetzungen dafür. Wer sich schon kräftig genug fühlt, findet bei leichter Gartenarbeit oder Spaziergängen die beste Gelegenheit, seinen Körper zu stärken. Eine abwechslungsreiche, jeden sättigende Beköstigung wird geboten.

Die Heimkehrer haben von hier aus die beste Möglichkeit, sich mit ihren Angehörigen in Verbindung zu setzen, und alle Schritte für den endgültigen Übergang in das Zivilleben vorzubereiten. Angestellte des Arbeitsamtes unterrichten über die Aussichten in den einzelnen Berufen oder beratschlagen diejenigen, die nun erst eine Wahl treffen müssen.

(b/B1/118/1/hs)